

Was ist Imperialismus?
Imperialismus? Ist das nicht eine Bezeichnung für das römische Reich? Eine kurze Einführung in die Theorie von W.I. Lenin
→ Seite 2



Revolution ohne Gewalt!
Alle wollen Frieden, doch Kapitalismus bedeutet immer Krieg. Wie stehen RevolutionärInnen zum Pazifismus?
→ Seite 2

www.

REVOLUTION.de.com

**Gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“ in München!
Gegen das World Economic Forum (WEF) in Davos!**

Imperialismus bekämpfen!

Für die Einheit der ArbeiterInnenklasse weltweit!

Deutschland im Aufschwung?

Der deutsche Imperialismus stärkt sich in der Weltwirtschaftskrise

Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“ erklärte schon Anfang 2004 der damalige Kriegsminister Struck (SPD). Und letztes Jahr fügte Bundespräsident Köhler (CDU) quasi erklärend hinzu, „dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel (...) auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren.“ Die nächste öffentliche Erklärung Köhlers war dann sein Rücktritt, denn sofort hatten alle möglichen PolitikerInnen ein wildes Geschrei erhoben: Sie sahen die demokratische Maske rutschen, die sie so mühevoll mit den Farben von „Verteidigungsarmee“ und „humanitärer Hilfe“ bemalt hatten.

Die Bundeswehr setzt „deutsche Interessen“ mit Waffengewalt durch. Es geht um das Interesse der deutschen Banken und Konzerne, ihre Bedingungen im internationalen Konkurrenzkampf zu verbessern. Die deutschen Regierungen tun das, was den deutschen Kapitalverbänden Profite bringt. Das bedeutet die Schaffung und Unterstützung von loyalen Regimen in den armen Ländern – auch mit militärischen Mitteln.

Im zweiten imperialistischen Weltkrieg versuchte der deutsche Imperialismus, ganz Europa militärisch unter seine Herrschaft zu zwingen und scheiterte schließlich völlig mit der bedingungslosen Kapitulation 1945. Doch vor allem die Konfrontation des kapitalistischen Westens mit der Sowjetunion und den anderen stalinistischen Staaten rettete dem deutschen Kapital eine „eigene Regierung“, die schließlich sogar im Rahmen der NATO

eine eigene Armee haben durfte. Der Grund, warum das kapitalistische Deutschland von 1945 bis 1999 nicht selbst kriegerisch aktiv war, war in keiner Hinsicht ein Zeichen eines freundlicheren Wesens des deutschen Imperialismus, sondern vielmehr das Produkt der politischen Schwächung durch den verlorenen Raubkrieg. Bis heute ist das militärische Potenzial Deutschlands im Vergleich zu anderen imperialistischen Mächten relativ schwach.

Imperialistische EU

Die deutschen KapitalistInnen hatten trotz der Niederlage der Wehrmacht wunderbare Ausgangsbedingungen für den (Wieder-)Aufstieg ihres Imperialismus, der vor allen Dingen durch das Vorantreiben der „europäischen Einigung“ vor sich ging. Mit der Zerschlagung der Sowjetunion (und damit der Beseitigung der Errungenschaften der russischen Oktoberrevolution von 1917) konnte das deutsche Kapital sich die Wirtschaft der DDR einverleiben und ostwärts expandieren. Der deutsche Imperialismus stieg auf zur Vorherrschaft in Europa – schließlich erfolgreich, ohne Krieg.

In der derzeitigen kapitalistischen Krise, die das Elend der arbeitenden Massen massiv verschärft, und die auch die EU erreicht hat, wird die deutsche Herrschaft besonders deutlich. Nicht von ungefähr konnten wir zu Beginn der Krise in Irland DemonstrantInnen mit Merkel-Masken und gegen die deutsche Regierung gerichteten Parolen erleben. Deutsche Banken spekulieren überall mit, deutsche Konzerne haben sich in ganz Europa breitgemacht und schlagen die einheimische Konkurrenz aus dem Feld. Ein Grund dafür sind die vergleichsweise niedrigen

Lohnstückkosten in Deutschland.

Diese Machtpolitik des deutschen Imperialismus hat die Krise in den schwächeren Euro-Staaten vorbereitet. Während unsere Klassenschwestern und -brüder nun für die ökonomischen Folgen der kapitalistischen EU-Politik geschöpft werden, wird auf uns hierzulande eine nationalistische Hetzpropaganda losgelassen („faule GriechInnen“ usw.), um unsere Solidarität mit der ArbeiterInnenklasse anderer Länder zu verhindern.

Durch das Abwälzen der Krisenkosten auf die LohnarbeiterInnen der schwächeren EU-Länder, konnte der deutsche Imperialismus seine Hegemonie in Europa stärken. Daraus aber zu schließen, dass wir LohnsklavInnen in Deutschland irgendwie davon profitieren, wäre ein furchtbarer Trugschluss. Denn auch in Deutschland bekommt die ArbeiterInnenklasse die Rechnung präsentiert in Form von drastischen Kürzungen.

Notwendig wäre also ein Kampf der ArbeiterInnen in Deutschland, Europa und der Welt gegen die kapitalistischen Verhältnisse und für ArbeiterInnen-demokratie. Das verlangt konsequenten Widerstand gegen die Angriffe hierzulande – welcher nicht zu trennen ist vom Kampf gegen die Herrschaft der deutschen Banken und Konzerne in anderen Ländern.

Partei der ArbeiterInnen!

Die politischen Parteien des Kapitals in Deutschland, also die CDU, die FDP und schließlich auch die Grünen, haben offensichtlich genauso wenig wie die SPD den Willen, an der Politik der Ausplünderung und Unterdrückung der arbeitenden Massen etwas zu ändern. Etwas anderes ist im-

mer wieder über die Linkspartei zu hören. Sie sei die einzige große Friedenspartei und die Partei, die die Lohnabhängigen in Deutschland unterstützen sollten.

Doch in mehreren Landesregierungen zeigt die Linkspartei, dass kapitalistische Politik auch mit ihr zu machen ist. Was die „Friedenspolitik“ angeht, so war ein wichtiger Kritikpunkt der Linkspartei an deutschen Militäreinsätzen das Fehlen eines UN-Mandats – dabei wird der UN-Sicherheitsrat von großen imperialistischen Mächten dominiert.

Die SpitzenfunktionärInnen der Linkspartei geben auch gern zu verstehen, dass sie einen Abzug der deutschen Afghanistan-Schutztruppe nicht schon „Übermorgen“ wollen oder gar ohne „mit den Partnern“ (also mit den anderen imperialistischen Mächten!) „über die Modalitäten des Abzugs zu verhandeln.“

Wirklich für die Überwindung des Kapitalismus zu sein, bedeutet aber, für das Ende der imperialistischen Herrschaft zu kämpfen. Es bedeutet, für die sofortige Enteignung der Konzerne und ihren Übergang in die Hände der Beschäftigten zu kämpfen. Es bedeutet vor allem, für die militärische Niederlage der deutschen Armee, die die Interessen der KonzerneigentümerInnen durchsetzt, einzutreten.

Natürlich geht es nicht darum, reaktionäre Kräfte politisch zu unterstützen, nur weil sie gegen die imperialistische Herrschaft kämpfen. Reaktionäre AntimperialistInnen zielen nicht auf die Befreiung vom Imperialismus sondern auf etwas mehr Autonomie. Eine wirkliche Befreiung kann nur diejenige Kraft erzwingen, die als einzige der kapitalistischen Krise ein Ende setzen kann: die internationale ArbeiterInnenklasse.

Doch momentan haben die Unterdrückten in Afghanistan die mächtigsten Armeen der Welt gegen sich. Das bedeutet vielfach schwierigere Ausgangsbedingungen für die Selbstbefreiung der afghanischen Massen als selbst ein reaktionäres Taliban-Regime sie schaffen könnte. Deswegen ist die Niederlage der Besatzungsarmeen ein zentrales Ziel für RevolutionärInnen.

→ von Victor Jalava, RIO, Berlin

Imperialismus und Klassenkampf

Angela Merkel hat unmittelbar nach dem Beginn der Wirtschaftskrise angekündigt, dass „wir“ gestärkt aus der Krise hervorgehen würden. Dass sie damit nicht die ArbeiterInnenklasse in Deutschland meinte, wurde spätestens durch das Sparpaket deutlich. Im Rahmen der Krise stärken die deutschen KapitalistInnen ihre Stellung in Europa und der Welt.

Die wirtschaftlichen Interessen der BRD müssen dafür zunehmend mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden. Kriegsminister Guttenberg reformiert die Bundeswehr, um eine weltweit einsetzbare Eingreiftruppe aufzubauen. Und immer offener sichert die Botschaft durch, dass in Afghanistan keine „Aufbauhilfe“ sondern Krieg gemacht wird. Dieser Krieg der NATO ist ein Krieg im Interesse der westlichen Konzerne. Das weitere Vorgehen wird bei der „Sicherheitskonferenz“ im Februar in München abgestimmt.

Aber trotz der Konkurrenz untereinander können sich die KapitalistInnen verschiedener Länder im Klassenkampf gegen die ArbeiterInnenklasse manchmal auch einigen. Das zeigt sich beim alljährlichen Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos in der Schweiz, auf dem PolitikerInnen und UnternehmerInnen Ende Januar gemeinsam über „Innovationen“ für ihre Klassenherrschaft nachdenken.

NATO und WEF sind zwei Seiten einer Medaille. Wir finden es wichtig, Widerstand gegen beide Seiten zu organisieren. Dieser Widerstand kann aber in Form von Demonstrationen allein nicht wirksam sein. Unser Ziel muss sein, eine revolutionäre Organisation der ArbeiterInnen aufzubauen, um die Grundlagen dieses Systems – die Ausbeutung von Lohnarbeit – zu überwinden.

2010 standen die sozialen Proteste in Deutschland im Schatten von denen in anderen europäischen Ländern. In dieser Ausgabe wollen wir untersuchen, inwiefern die imperialistische Weltordnung und die Klassenkampfsituation in Deutschland zusammenhängen. Außerdem werden wir Veranstaltungen organisieren, um über die Bedeutung des Imperialismus in der heutigen Welt zu diskutieren.

→ von Alex Lehmann, RIO, FU Berlin

Diskussionsveranstaltungen Imperialismus bekämpfen!

Was ist Imperialismus? Wie sieht der deutsche Imperialismus heute aus? Wie können wir dagegen kämpfen?

Berlin: Mi 9. Februar

18 Uhr im Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, U-Bhf Mehringdamm – gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiterstimme (SAS)

München: Mi 9. Februar

19 Uhr im Eine-Welt-Haus, Schwanthalerstraße 80, U-Bhf Theresienwiese

Demonstrationen

Bundeswehr raus aus Afghanistan! Samstag, 22. Januar, 15 Uhr, Rathaus Neukölln, Berlin

Gegen das WEF: Samstag, 22. Januar, 14 Uhr, Bahnhofsvorplatz, St. Gallen

Gegen die NATO: Samstag, 5. Februar, 13 Uhr, Marienplatz, München

Was ist Imperialismus?

Eine kurze Einführung in die Imperialismustheorie von Wladimir Iljitsch Lenin

Imperialismus? Ist das nicht eine Bezeichnung für das römische Reich? Oder das British Empire?

Was MarxistInnen mit dem Begriff Imperialismus meinen, lässt sich am Besten mit den grundsätzlichen Eigenschaften des Kapitalismus erklären. Im Kapitalismus gibt es zwei Hauptklassen, die einander gegenüberstehen: die Bourgeoisie (die Klasse, die die Produktionsmittel besitzt – also Maschinen, Werkzeuge, Fabriken usw.) und die ArbeiterInnenklasse (die Klasse, die keine Produktionsmittel besitzt und nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen hat).

Die Bourgeoisie erhält diese Arbeitskraft, indem sie Löhne an die ArbeiterInnen zahlt. Mit dieser Arbeitskraft werden Waren hergestellt. Da aber der Wert dieser Waren höher liegt als der Wert des an die ArbeiterInnen bezahlten Lohnes, wird von „Mehrwert“ gesprochen. Dieser Mehrwert kommt allein der Bourgeoisie zu Gute und ist die Grundlage für deren Profit.

Die Ausweitung

Dieser Mehrwert wird aber von ihr nicht genutzt, um irgendeinen Schatz anzuhäufen, sondern um die Produktion auszuweiten. Dies tut die Bourgeoisie aber nicht, weil sie aus bösen Menschen besteht oder Freude am Leid der ArbeiterInnen hat, sondern weil alle der Bourgeoisie Angehörigen (KapitalistInnen) in ständiger Konkurrenz zueinander stehen und daher permanent die Produktion ausweiten müssen, um nicht unterzugehen.

Die Ausweitung der Produktion führt selbstverständlich auch zu einer Erhöhung der Warenmenge, die auch auf dem Markt umgesetzt, also verkauft werden muss. Geschieht diese Umsetzung nur innerhalb eines kleinen Rahmens (z.B. nur innerhalb einer Stadt), können irgendwann nicht mehr alle Waren umgesetzt werden, und es kommt zu den – für den Kapitalismus typischen – zyklischen Überproduktionskrisen. Um diesen Krisen entgegenzuwirken, muss der Rahmen also erweitert werden. Dies geschieht nun erst einmal innerhalb eines Landes, aber auch das reicht irgendwann nicht mehr aus. Findet nun ein Wachstum über die Grenzen des Nationalstaates der jeweiligen Bourgeoisie statt, heißt dieser Zustand Imperialismus.



Die Merkmale

Der russische Revolutionär Lenin hat einige Merkmale des Imperialismus in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ formuliert, anknüpfend an einige Erkenntnisse von Marx und Engels, welche unter anderem im „Anti-Dühring“ zu finden sind.

Diese Merkmale fasst Lenin wie folgt zusammen: „Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, in der die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts bereits begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“

Was heißt das nun konkret? Durch die permanente Konkurrenz der einzelnen KapitalistInnen untereinander fallen immer wieder KapitalistInnen weg, d.h. sie halten der Konkurrenz nicht mehr stand und gehen unter. Die Folge ist dann eine Zentralisation: Die übrig gebliebenen Konzerne wachsen immer weiter und werden schließlich zu Monopolen, die aufgrund ihrer großen ökonomischen Macht die beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt einnehmen.

Weiterhin gewinnen die Banken mit der Entwicklung des Imperialismus immer weiter an Bedeutung, da sie gigantische Kapitalmengen in sich vereinigen.

Bankkapital und Industriekapital verschmelzen immer mehr zu einem einheitlichen Finanzkapital: Aus der industriellen Bourgeoisie und den BankbesitzerInnen entsteht eine Finanzoligarchie, welche die vorherrschende Rolle im imperialistischen Stadium des Kapitalismus einnimmt.

Der Krieg

Im Interesse der Finanzoligarchie werden dann Kolonien und Halbkolonien errichtet, die als Absatzmärkte für die von den Monopolen hergestellten Waren dienen, aber auch als Quelle für Rohstoffe. Diese Kolonien oder Halbkolonien werden einerseits auf kriegerische Art und Weise, also durch imperialistische Angriffskriege, errichtet. Andererseits können aber auch Gebiete, ja sogar ganze Nationalstaaten oder Kontinente, schleichend in wirtschaftliche Abhängigkeit der Monopole gebracht werden. Dies geschieht auf zwei möglichen Wegen: durch Warenexport und durch Kapitalexport.

Beim Warenexport verkaufen die Monopole die eigenen Waren in der kolonialisierten Region und zerstören damit die einheimische Bourgeoisie, da die riesige Menge an Produktionsmitteln, welche die Monopole besitzen, die Herstellung von viel mehr und viel billigeren Waren ermöglicht. Beim Kapitalexport hingegen werden von den Monopolen Land, Fabriken etc. aufgekauft, um eigene Zweigstellen zu errichten und dergleichen. Während nun der Warenexport nichts wirklich neues im imperialistischen Stadium ist und nur auf höherem Niveau stattfindet, gewinnt der Kapitalexport enorme Bedeutung.

In der Regel findet nun eine Mischung aus imperialistischen Angriffskriegen, Warenexport und Kapitalexport statt, um Abhängigkeit zu erzeugen. Diese koloniale oder halbkoloniale Abhängigkeit führt logischerweise zu Konflikten und zu nationalen Befreiungsbewegungen.

Eine Reihe solcher Befreiungsbewegungen existierten im letzten Jahrhundert. Im Laufe der Zeit wurden fast alle Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen. Aus „ganzen“ Kolonien wurden nun nur noch Halbkolonien, also solche Länder, die zwar eine eigene Regierung besitzen, aber nach wie vor komplett abhängig von den Monopolen der imperialistischen Länder sind. Nati-

onale Befreiungsbewegungen, die die Produktionsverhältnisse in ihrem Land nicht ändern, führen deswegen nicht zu einem Ende der imperialistischen Unterdrückung sondern nur zu deren Neugestaltung.

Darüber hinaus ist zu betonen, dass nicht nur Kriege zur Errichtung von Kolonien und Halbkolonien stattfinden, sondern auch zwischen den Monopolbourgeoisien der imperialistischen Länder, und zwar gerade um eben jene Kolonien oder Halbkolonien und deren Absatzmärkte, Rohstoffe usw. Hieraus resultiert eine „Aufteilung“ der Welt: Gewisse Monopole haben an gewissen Orten den Vorrang. Da die Monopole mit allen Mitteln ihre Einflusszonen verteidigen und ausweiten müssen, führt die imperialistische Weltordnung immer wieder zu Kriegen, in der zugespitzten Form auch zu Weltkriegen.

Der Reformismus

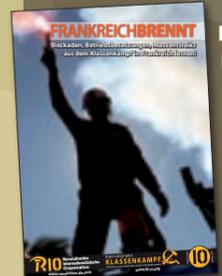
Auch der Reformismus ist ein typisches Merkmal der imperialistischen Phase des Kapitalismus. Denn durch die Abhängigkeit vieler Regionen von den imperialistischen Ländern kann die ArbeiterInnenklasse in diesen Ländern einen relativ hohen Lebensstandard erreichen (auf Kosten der ArbeiterInnen in den abhängigen Regionen, wohl gemerkt). Die Monopolbourgeoisie kann einen Teil der eigenen ArbeiterInnenklasse durch gewisse materielle Zugeständnisse „kaufen“, sie also an den Extraprofiten aus den imperialisierten Ländern teilhaben lassen. In Folge ist die Notwendigkeit einer Revolution für diese ArbeiterInnen (z. B. in Deutschland oder den USA) schwerer zu erkennen, da die eigene Situation als nicht allzu miserabel wahrgenommen wird. Die Bereitschaft, sich mit kleinen Zugeständnissen zufrieden zu geben, steigt – was den perfekten Nährboden für den Reformismus darstellt.

Diese Tatsache macht die Revolution in den Zentren des Imperialismus schwieriger, sollte aber nicht zu dem Schluss führen, dass der Imperialismus nur in den Halbkolonien bekämpft werden kann. Der Klassenkampf muss immer auch in den Zentren geführt werden, da auch hier eine Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse stattfindet. Denn der Imperialismus kann nur im internationalen Maßstab gestürzt werden.

Dass eine Abschaffung dieses unmenschlichen Ausbeutungssystems notwendig ist, zeigen eben auch die Bilder der von den Monopolen absolut abhängigen Gebiete: bittere Armut, Seuchen und Konflikte um die wenigen materiellen Güter.

→ von Ali Hassan, Linker Block, Rostock

Publikationen von RIO



Frankreich brennt
Blockaden, Betriebsbesetzungen, Massenstreiks – aus dem Klassenkampf in Frankreich lernen!
32 Seiten – 2 €



Von Hanoi nach Havanna
Wo hin geht Kuba? Eine marxistische Analyse der Perspektiven für die „sozialistische Insel“
32 Seiten – 2 €



Zanon gehört den ArbeiterInnen!
ArbeiterInnen in Argentinien übernehmen ihre Fabrik und verwandeln sie unter ArbeiterInnenkontrolle
20 Seiten – 1,50 €



„chaOSzeitung“ gegen chaotische Zustände im Ausbildungssystem – wird regelmäßig an einem Berliner Oberstufenzentrum (OSZ) verteilt

Was ist RIO?

Wir, die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO), wollen den Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzen. Denn das kapitalistische System führt zu Krisen, verursacht Kriege, zerstört die Umwelt und reproduziert Rassismus und Sexismus. Wir sind überzeugt, dass eine **Revolution** notwendig ist, um dieses System zu überwinden, denn die KapitalistInnen werden ihre Macht nicht freiwillig aufgeben. Wir brauchen eine **internationalistische** Perspektive, denn der Kapitalismus ist ein globales System. Dazu ist eine **Organisation** notwendig, die eine klare revolutionäre Strategie systematisch in jeden Kampf hineinträgt. Wir tun nicht so, als hätten wir alle Antworten – wir versuchen, **marxistische Ideen** weiterzuentwickeln und zu verbreiten, und damit einen Beitrag zur Schaffung einer ernsthaften revolutionären ArbeiterInnenorganisation zu leisten.



RIO Deutschland
→ www.revolution.de.com
RIO Schweiz
→ www.revolution.ch.ch
RIO Tschechien
→ www.rio.cz.tc
RIO International
→ www.onesolutionrevolution.org

Kontakt zu RIO

berlin@revolution.de.com
fu@revolution.de.com
dresden@revolution.de.com
kiel@revolution.de.com
muenchen@revolution.de.com

VisDP: R. Müller, Hamburg

Bundeswehr in Afghanistan

Dass die Bundeswehr sich nicht aus humanitären Gründen am Krieg in Afghanistan beteiligt – genauso wenig wie die USA, Großbritannien und andere NATO-Staaten – war bereits damals klar. Trotzdem versucht die herrschende Klasse, das Märchen von der „Friedensmission“ Jahr für Jahr aufrecht zu erhalten.

Dabei gibt es für den deutschen Imperialismus eindeutig wichtigere Gründe, sich am Einsatz in Afghanistan zu beteiligen. Zunächst einmal ist die Region am Hindukusch für die gesamte NATO von strategischer Bedeutung, sowohl als militärischer Stützpunkt in der Nähe Russlands, als auch als Transportroute für Erdöl und andere Ressourcen aus der Kaukasus-Region. Der Einsatz dient für die Bundeswehr vor allem als Experimentierfeld zur Vorbereitung künftiger Einsätze und als Wegbereiter für den schrittweisen Umbau der deutschen Truppen zur hochgerüsteten Angriffsmarine.

Von der Entwicklungshilfe der westlichen Staaten fließen beinahe 90% direkt zurück zu westlichen Unternehmen, die vor Ort Aufträge erhalten. Natürlich ist es kein Zufall, dass im Nordosten des Landes, wo die Bundeswehr stationiert ist, besonders deutsche Unternehmen solche lukrativen Aufträge bekommen.

Der Krieg macht sich also trotz gewaltiger Kosten für die BesatzerInnen bezahlt – nicht zuletzt, weil Afghanistan nach ihren Vorgaben zu „einer der offensten Volkswirtschaften überhaupt“ (Bundesamt für

Außenwirtschaft) umgebaut wurde.

Gleichzeitig haben nur 13% der AfghanInnen eine gesicherte Versorgung mit Trinkwasser, 61% leiden dauerhaft an Unterernährung. Auch die Situation der Frauen hat sich höchstens auf dem Papier gebessert: Vergewaltigungen und Selbstmorde unter Frauen haben massiv zugenommen. In Folge des Krieges und des neoliberalen Umbaus Afghanistans hat fast die Hälfte der Bevölkerung keine Arbeit und kein gesichertes Einkommen.

Unter diesen Bedingungen verwundert es kaum, dass der Widerstand gegen die BesatzerInnen immer heftiger wird. Dabei stehen laut einer US-Militärstudie nur etwa 10% der KämpferInnen den Taliban oder Al-Kaida nahe – auch wenn in westlichen Medien gerne ein anderes Bild vermittelt wird.

Selbst wenn er zum Teil von reaktionären Kräften vereinnahmt wird, ist der Widerstand gegen den Krieg gerechtfertigt, denn ohne ein Ende des Besatzungsregimes kann es auch keine Befreiung der afghanischen ArbeiterInnenklasse geben.

Solange westliche Truppen das Land kontrollieren und täglich neues Blut vergießen, werden sich auch die religiös-fundamentalistischen Kräfte kaum zurückdrängen lassen. Es gilt also, für die Niederlage der NATO-Allianz einzutreten und dies durch Streiks und Blockaden der Kriegslogistik in den imperialistischen Ländern zu unterstützen!

→ von Tom Hirschfeld, RIO, Berlin

Revolution ohne Gewalt?

RevolutionärInnen wird vorgeworfen, auf Gewalt zu stehen. Doch wir leben in einer Welt, in der Millionen Menschen pro Jahr durch Kriege und Hunger getötet werden – alltäglich wird unvorstellbare Gewalt vom System ausgeübt. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung basiert darauf, dass die Ausgebeuteten in ihrer Eigentumslosigkeit bleiben und einzelne KapitalistInnen und Staaten gegeneinander konkurrieren – notfalls auch mit kriegerischen Mitteln.

Deshalb ist das mit dem Pazifismus so eine Sache. Als Menschen wollen wir ein Leben ohne Zwang und Gewalt haben. Doch reicht es nicht, den frommen Wunsch danach zu äußern.

Die KriegspolitikerInnen der NATO versprechen auch „Frieden“. Sie meinen damit aber nur die Aufrechterhaltung der imperialistischen Weltordnung und der damit zusammenhängenden Gewalt gegen die überwiegende Mehrheit der Menschheit.

Die gleichen PolitikerInnen, die zu Gewaltlosigkeit aufrufen, rechtfertigen im selben Atemzug Kriegseinsätze. Doch die Demokratie (genauer: die bürgerlich-parlamentarische Staatsordnung als Rahmen für den Kapitalismus) ist erst u.a. durch die französische Revolution erkämpft worden. Bekanntlich lief diese Revolution gegen den damals herrschenden Adel nicht besonders friedlich ab.

Wer sich für die Gewaltlosigkeit der Unterdrückten ausspricht, erkennt das Gewaltmonopol der KapitalistInnen und

ihres Staates an. Damit ist man, bewusst oder unbewusst, ein ParteigängerIn der Gewalt des herrschenden Systems.

In einer Wirtschaftsordnung, die auf der Ausbeutung der Mehrheit durch eine kleine Minderheit beruht, kann es keinen dauerhaften Frieden geben. Selbst der relative Frieden, den Europa in den letzten 60 Jahren erlebt hat (mit wichtigen Ausnahmen!), bedeutete nur eine Verlagerung des Krieges an andere Orte: an die Grenzen Europas, wo tagtäglich Flüchtlinge sterben, und in die Halbkolonien, wo StellvertreterInnenkriege geführt werden. Durch diese Gewalt werden Rohstoffe und Absatzmärkte für die imperialistischen Mächte erkämpft und gesichert.

Eines bleibt sicher: Solange es Kapitalismus gibt, wird es Gewalt geben. Wenn wir dieser Gewalt ein Ende setzen wollen, müssen wir dieses ausbeuterische und gewalttätige System abschaffen. Die Geschichte zeigt, dass eine herrschende Klasse niemals freiwillig auf ihre Macht verzichtet. Deswegen brauchen wir eine Revolution, die die Macht der KapitalistInnen und ihrer Institutionen (Polizei, Armee, staatliche Bürokratie usw.) bricht.

In diesem Sinne sind RevolutionärInnen keine PazifistInnen. Ganz im Gegenteil glauben wir, dass der Pazifismus letztendlich dazu aufruft, die brutale Gewalt, die der Kapitalismus hervorruft, widerstandslos hinzunehmen – wozu wir nicht bereit sind.

→ von Leon Fädler, RIO, München